



**Wahlprogramm  
der FDP  
für die Kreistagswahl  
2014  
im Landkreis Anhalt-  
Bitterfeld**

## **Liebe Bürgerinnen und Bürger !**

Wir Freien Demokraten sehen in der kommunalpolitischen Verantwortung das entscheidende Element der politischen Ordnung. Denn nur hier trifft man direkt auf die Bürgerinteressen und nur hier entsteht Heimat – auch durch das, was wir tun. Nur hier vor Ort kann neues Engagement wachsen für eine Gesellschaft, in der es sich lohnt, zu leben, zu arbeiten und sich einzusetzen – nicht nur für sich, sondern auch für andere.

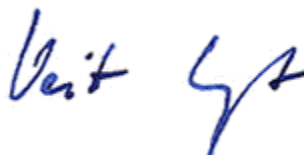
Wir Liberale machen ihnen daher mit dem vorliegenden Programm ein Angebot, dass vor allem auf unseren politischen Erfahrungen hier vor Ort basiert. Unsere Kreistagsmitglieder und Kandidaten kommen aus allen Teilen unseres Landkreises und wissen welche Problem existieren.

Wir wollen durch Mut zum Fortschritt die Zukunft Anhalt Bitterfelds sichern, Handlungsspielräume erhalten und die Lebensqualität unserer Heimat nachhaltig verbessern. Freiheit, Verantwortung und Fairness sind für uns keine Gegensätze, sondern bedingen einander.

Die FDP Anhalt Bitterfeld setzt stärker als alle anderen Parteien auf den mündigen Bürger und Eigenverantwortung. Wir stehen als Liberale traditionell für eine transparente Verwaltung, direkte Bürgerbeteiligung und die Wahrung der Bürgerrechte. Unternehmen und Bürger möchten wir von Bürokratie befreien und in der Kreisverwaltung eine Dienstleistungsmentalität etablieren. Diese grundsätzlichen Werte fließen in unsere Vorstellungen von Politik für den Landkreis ein. Denn wir machen Kommunalpolitik mit Leidenschaft.

Der Kreishaushalt geht mittels Kreisumlage stets zu Lasten der Städte und Gemeinden. Um diesen weiterhin Gestaltungsspielräume zu ermöglichen, lehnen wir jede Erhöhung der Kreisumlage ab. Auch der der Landkreis Anhalt Bitterfeld muss lernen, mit seinen Mitteln auszukommen und die eigenen Verwaltungsstrukturen effizienter zu gestalten.

Uns erwarten viele Herausforderungen, die wir mit Herzblut und klarem Verstand anpacken müssen. Wir laden Sie dazu ein, gemeinsam mit uns diesen Weg zu gehen.



Veit Wolpert

## **Nachhaltige Finanzen schafft besser Lebensqualität**

Im Bereich Finanzen muss der Grundsatz gelten, dass wir nur das ausgeben, was wir einnehmen. Solide Kreisfinanzen sind der Garant dafür, dass auch in Zukunft noch Handlungsspielräume für die Gestaltung unseres Kreises bestehen und nachfolgende Generationen nicht benachteiligt werden.

Hinsichtlich der Transparenz über die Frage, wofür die Kreisgelder verwendet werden, besteht jedoch noch viel Verbesserungsbedarf. Wir wollen weiterhin sparsam haushalten, denn der Kreishaushalt belastet als Umlagehaushalt direkt die Finanzen der Gemeinden. Gerade angesichts der angespannten Finanzlage der Gemeinden ist es wichtig, dass auch auf Kreisebene der Status quo nicht einfach fortgeschrieben wird. Wir möchten den Gemeinden bessere finanzielle Handlungsspielräume ermöglichen. Daher darf es keine Anhebungen der Kreisumlage geben. Nur mit klaren Zielvorgaben wird jedoch die von uns geforderte Transparenz, was der Kreis mit welchen finanziellen Mitteln macht, erreicht.

Alle wirtschaftlichen Beteiligungen des Landkreises müssen auf ihren Erfolg hin überprüft werden. Die Kreisverwaltung ist nicht der bessere Unternehmer. Alles was nicht zur Daseinsvorsorge zählt und was auch private Unternehmer leisten können, muss nicht in Verantwortung und Besitz der öffentlichen Hand verbleiben. Die Konsolidierung des Haushaltes muss beschleunigt werden, um wieder Gestaltungsräume für den Kreis zu generieren.

Dabei ist das Finanzausgleichsgesetz in seiner jetzigen Form hinderlich, weil alle Einsparungen sofort zu Gunsten der Kreisumlage angerechnet werden und damit Konsolidierungserfolge verhindert werden. Wenn gleichzeitig übertragene Aufgaben durch das Land und den Bund nicht ausfinanziert werden und Mittelzuweisungen an Förderrichtlinien gebunden sind, laufen die Kreise am sogenannten goldenen Zügel und verlieren ihre Selbstverwaltung. Dagegen muss der Landkreis Anhalt Bitterfeld solidarisch mit den anderen Kommunen kämpfen.

Wir fordern:

- solide Kreisfinanzen und sparsame Haushalte
- Kampf gegen Verschwendung von Steuergeldern
- keine Erhöhung der Kreisumlage – mittelfristig eher eine Senkung
- mehr Gestaltungsspielräume für Städte und Gemeinden
- Transparenz über Verwendung finanzieller Mittel und Beteiligungen
- Solidarität mit Kommunen gegen Unterfinanzierung und Gängelei durch Land und Bund

## **Wirtschaft als Grundlage unseres Wohlstandes**

Die Themen Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung sind für die FDP Anhalt Bitterfeld von zentraler Bedeutung. Nur mit einer gesunden Wirtschaft sind Familien- und Bildungspolitik, Kultur und Sport sowie Umweltschutz im jetzigen Umfang realisierbar.

Der Motor des wirtschaftlichen Wachstums ist der Mittelstand. Viele kleine und mittlere Firmen stellen den überwiegenden Teil aller Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Ähnliches gilt für Handwerksbetriebe, Handel, Dienstleistende und Freiberufler. Sie zu stärken ist eine wichtige Aufgabe. Wir fordern, dass Landkreis und Kommunen bei der Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen diese in möglichst kleine Lose aufteilen, damit auch kleine Betriebe vor Ort die Chance haben, Aufträge zu erhalten. Alle diese Firmen, aber auch potenzielle Neuansiedlungen verdienen in jedem Einzelfall die direkte Unterstützung durch unbürokratische und schnelle Genehmigungsverfahren sowie durch die Schaffung einer leistungsfähigen und bedarfsgerechten Infrastruktur. Förderprogramme sind zu optimieren und Hürden zu senken.

Unternehmer und Investoren benötigen einen kompetenten Ansprechpartner – gewissermaßen einen Mittelstandsservice. Finanzielle Belastungen, wie die Gewerbesteuer bzw. lokale Gebühren sollten gesenkt oder schrittweise abgebaut werden. Gewerbliche Betriebe in öffentlicher Hand haben nur dann eine Berechtigung, wenn sie für die Daseinsfürsorge notwendig und in ihrer Aufgabenerfüllung besser sind, als privatwirtschaftlich geführte Unternehmen.

Arbeitslose müssen gezielter qualifiziert werden und Jugendliche benötigen über die Berufsausbildung hinaus eine Perspektive vor Ort. Dafür müssen auch im Landkreis die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Wir fordern:

- schlanke Ausschreibungen mit kleinen Losgrößen
- unbürokratische und schnelle Genehmigungsverfahren für Neuansiedlungen
- Optimierung von Förderprogrammen, Hürden senken
- Breitbandversorgung als Standortfaktor
- finanzielle Belastungen (Gewerbesteuer, Gebühren etc.) schrittweise zu senken
- Perspektive für Jugendliche vor Ort

## **Verkehr, Infrastruktur und Öffentlicher Personen Nahverkehr (ÖPNV)**

Mobilität ist für unsere Heimat ein wichtiger Standortfaktor. Die FDP möchte sie auch für die Bürger zukünftig sicherstellen.

Der ÖPNV in Landkreis Anhalt Bitterfeld ist gut aufgestellt. Wir sind überzeugt, dass es gelingen kann die Vernetzung der Regionen Bitterfeld, Köthen und Zerbst zukünftig noch stärker zu verbinden. Mittelfristig kann die Attraktivität des ÖPNV weiter gesteigert werden, durch eine Neugründung eines Verkehrsverbundes (z.B. mit Dessau-Roßlau und Wittenberg). Statt an bisherigen starren Regelungen festzuhalten, befürwortet die FDP innovative und flexible Konzepte, die sich am Bedarf der Menschen orientieren.

Die Landesstraßen im Landkreis Anhalt Bitterfeld aber auch viele Kreisstraßen sind in einem eher schlechten Zustand. Trotz der angespannten Finanzsituation müssen das Land und der Landkreis die Instandsetzung und Erneuerung voranbringen. Das Straßennetz soll kontinuierlich durch ein geschlossenes Radwegenetz ergänzt werden.

Eine direkte Einbindung von Bürgerinitiativen ist für uns als Liberale unverzichtbar. Bei künftigen Bauprojekten muss eine effektive Bürgerbeteiligung schon in der Planungsphase beginnen.

Wir Liberalen Anhalt Bitterfeld sprechen uns für den Bau einer Brücke über die Elbe bei Aken aus. Unser Landkreis braucht die direkte Verbindung nach Zerbst.

Die B6n soll nach der Anbindung an die A9 weitergeführt werden. Wir treten für ein Trassenverlauf nördlich der Dübener Heide ein.

Wir fordern:

- bei künftigen Bauprojekten Bürgerbeteiligung von Anfang an
- Ausdünnung des „Schilderwaldes“ – allgemeine StVO-Regeln statt Überregulierung
- Errichtung notwendiger Ortsumgehungen und Entlastung der Ortskerne
- mittelfristig Neugründung eines Verkehrsverbundes
- Bau einer Elbquerung bei Aken

## **Gute Bildung Grundlage für die Zukunft unserer Kinder**

Die Zukunft unserer Kinder braucht eine gute Bildung. Hierzu müssen wir differenzierte Schulen in unserem Landkreis anbieten. Gerade unseren Kleinsten will die CDU / SPD Regierung nun aber eine Wohnortnahe Beschulung verweigern.

Ab dem 01.08.2017 müssen Grundschulen mindestens 80 Schüler/innen nachweisen. Nur aufgrund fehlender räumlicher Voraussetzungen an einem Schulstandort kann eine Außenstelle befristet zugelassen werden. Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld würde dies voraussichtlich ca. ein Viertel der 38 Grundschulen und perspektivisch absehbar weitere GS betreffen.

Eine Erhöhung der Mindestschülerzahl im Grundschulbereich auf 80 hätte demnach noch stärkere Auswirkungen auf das dörfliche Leben in den betroffenen Ortschaften. Durch die Schließung von vielen Grundschulen im ländlichen Bereich werden die Schulwege extrem ausgedehnt.

Auch die Schüler der Förderschulen werden nicht verschont. Schüler, die große Probleme beim Lernen haben und sehr oft auch einen Förderbedarf im sozial-emotionalen Bereich aufweisen werden mit längeren Beförderungszeiten rechnen müssen, denn bei der Erhöhung der Mindestschülerzahlen auf 90 werden einige Schulen von einer möglichen Schließung betroffen sein. Dies kann man Schülern mit einem erheblichen sonderpädagogischem Förderbedarf nicht zumuten.

Nicht vergessen darf man dabei werden, dass eine Schule auch immer ein kulturelles und sportliches Zentrum darstellt und ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor ist. Bei der Ansiedlung neuer klein- und mittelständischer Unternehmen sowie auch der Einwohner spielen Kindertagesstätten und Schulen die größte Rolle.

Eine gute Bildung sollte nicht nur in den großen Städten gewährleistet werden, sondern auch im ländlichen Raum. Sparmaßnahmen auf Kosten der Bildung unserer Kinder im ländlichen Raum sind nicht die Lösung für die entstehenden Mehrkosten im Kita-Bereich durch das neue Kinderförderungsgesetz. Die Qualität von Schule ist nicht von einer bestimmten Schülerzahl abhängig. Die FDP unterstützt die Proteste im ganzen Land Sachsen-Anhalt.

Wir fordern,

- Die Verordnung zurück zu nehmen und Mindestschülerzahl von 60 beizubehalten und damit den Erhalt der Grundschulen und Förderschulen im ländlichen Bereich sicherzustellen
- Prüfung der Auswirkungen dieser Verordnung für den ländlichen Raum

## **Hochwasserschutz, Heimat und Tourismus**

Der Landkreis Anhalt Bitterfeld ist im letzten Jahr erneut von einem schwerem Hochwasser heim gesucht worden. Es hat sich dabei zwar gezeigt, dass die nach dem Jahrhunderthochwasser ergriffenen Maßnahmen überwiegend wirken, dass es aber noch einiges im Hochwasserschutz zu tun gibt. Wir müssen auch in den kommenden Jahren den Hochwasserschutz weiter verbessern und ausbauen.

Des Weiteren bietet der Landkreis Anhalt Bitterfeld eine Vielzahl touristischer oder kultureller Angebote. Dieses Potenzial ist weiter zu nutzen und zu stärken.

Unsere Kulturlandschaften und Ortsbilder dürfen nicht durch den maßlosen Ausbau von Imagetechnologien, wie Solar- und Windkraft, verschandelt werden. Der Fehlsteuerung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) muss Einhalt geboten werden! Für uns gilt der Grundsatz: Menschen- und Umweltschutz vor Ökohysterie.

Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für hohe Lebensqualität und touristische Attraktivität in unserer Heimat. Viele Gemeinden der Region sind alleine finanziell nicht leistungsstark genug, um auf ihr touristisches Potenzial hinzuweisen oder ein eigenes touristisches Marketing aufzubauen. Die touristische Vermarktung in der Region ist deshalb weiter zu vernetzen. Tourismusmarketing sollte gemeinsam und nicht gegeneinander erfolgen. Ziel muss es sein, mehr Touristen für unsere Region zu begeistern und sie möglichst lange in unserer Region zu halten.

Wir fordern:

- Schutz von Kulturlandschaften und historischer Ortslagen - Begrenzung des Ausbaus von Windrädern und Solarparks
- effektiven Hochwasserschutz: Schaffung weiterer Ausuferungsflächen an Gewässern; intakter Wald, Acker und Wiesen als Wasserrückhalt
- Neubau und Verstärkung der Deiche
- Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen
- Tourismusmarketing miteinander statt gegeneinander, um Besucher länger in der in unserer Region zu halten.
- Ausbau und Vernetzung von sicheren Radwegen, und Einbindung in Tourismuskonzepte, überregionale/internationale Vermarktung
- bessere Vernetzung der Angebote – auch im Internet